

Montag, 09. August 2021

## Stallumbau wird stärker gefördert

Berlin. Für den angestrebten Umbau der Tierhaltung in Deutschland hin zu höheren Standards können Landwirte auf bessere Fördermöglichkeiten zählen. Bundesagrарministerin Julia Klöckner (CDU) sagte: „Wir haben in Brüssel erreicht, dass die Förderung für Tierwohlställe auf bis zu 80 Prozent der Investitionssumme erhöht werden und länger als sieben Jahre laufen darf.“ Dies sei „ein ganz wichtiger Punkt für die Verlässlichkeit von Investitionen in bessere Haltungsbedingungen“.

Landwirtschaftsvertreter fordern mehr Planungssicherheit, um Investitionen in bessere Ställe zu erleichtern – denn Tilgungen laufen oft über 20 oder 30 Jahre. Eine Förderung aus Mitteln der EU-Agrарfinanzierung, die dann in der Regel mit nationalen Zuschüssen ergänzt wird, war bisher auf maximal sieben Jahre begrenzt. Nach Klärungen mit dem EU-Parlament und der EU-Kommission soll die Förderdauer künftig unbegrenzt sein, wie das Ministerium erläuterte.

Summe verdoppelt

Durch den Fokus auf höheres Tierwohl sei nun außerdem eine Förderung von bis zu 80 Prozent der Investitionssumme möglich – also eine Verdoppelung ausgehend von der bisherigen Obergrenze von 40 Prozent in der normalen Investitionsförderung. Klöckner betonte in einem Schreiben an den Deutschen Bauernverband: „Für die Gestaltung langfristig tragfähiger Planungs- und Förderbedingungen für eine tierwohlgerechte Transformation der Tierhaltung ist unsere Initiative ein ganz wesentlicher Erfolg.“

In der Debatte um mehr Umwelt- und Tierschutz in der Landwirtschaft ist nach jahrelangen Auseinandersetzungen ein breiter Konsens erreicht worden. Unter anderem legte eine Kommission unter Leitung von Ex-Agrарminister Jochen Borchert ein Konzept für schrittweise höhere Standards bis 2040 vor – verbunden mit einer gesicherten Finanzierung für die Bauern. Dafür werden Milliardeninvestitionen veranschlagt. Zur Finanzierung ist auch eine „Tierwohlabgabe“ auf Fleisch und Wurst im Supermarkt im Gespräch. Konkret umsetzen müsste dies eine neue Regierung nach der Bundestagswahl, heißt es in dem Konzept. (dpa/mar)